

Diskussionsstau beim Thema Rodigallee

PÖBELEIEN bei Infoveranstaltung. Fronten verhärtet

JENFELD/MARIANTHAL

„Hier werden heute unterschiedliche Meinungen aufeinandertreffen“, eröffnete Moderatorin Anette Quast die Veranstaltung im prall gefüllten Jenfeld-Haus. Ihre Bitte, auf Unterbrechungen und persönliche Angriffe zu verzichten, sollte weitgehend unbeachtet bleiben. Das Thema bei der Stadtteilkonferenz: die Rodigallee.

RAINER GLITZ

Vertreter einer Schule, einer Kita und einer Wohngruppe von Frauen mit Handicap betonten, der Umbau der Rodigallee könne für mehr Sicherheit vor allem von Fußgängern sorgen. Jenfeld sei auf Kunden angewiesen, die mit dem Auto kommen, hieß es von den Gegnern. Es drohten Staus, Abgase und weniger Parkplätze.

Das Projekt sei Verbots- und Symbolpolitik von Rot-Grün, ohne dass Verkehrsalternativen wie ein U-Bahnanschluss geboten würden, lautete die Kritik der Initiative „Rettet die Rodigallee“ zusammengefasst. Es gehe um guten Verkehrsraum, Klimaschutz und die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer, hielt dem Martin



Mehr als 100 Gäste kamen zur Podiumsdiskussion ins Jenfeld-Haus

Foto: rg

Huber, Leiter des Amtes für Verkehr und Mobilitätswende entgegen: „Wir müssen auch handeln, Jenfeld geht dabei voran.“ Hans Grote und Stefan Schott vom Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer versuchten dann, die geänderte Planung für die Rodigallee vorzustellen. Es sei ein Kompromiss, der nicht alle zufriedenstellen könne, aber es gebe in Mariantal und Jenfeld nur begrenzt Platz, so die Planer.

Die Radsteifen würden baulich von der Fahrbahn getrennt, es werde Fläche entsiegelt und die Knotenpunkte würden nicht verengt. So bliebe die

Rodigallee leistungsfähig.

Man gehe von weniger Autos aus, da künftig die S 4 und die U-Bahn im Bereich Horner Geest für Entlastung sorgen würden. Die Ausführungen wurden durch Zwischenrufe und Pöbeleien ständig unterbrochen.

Die Gegner des Umbaus machten zwei Stunden lang lautstark ihrem Unmut Luft. Die Planung werde nicht gebraucht, es gebe kaum Radfahrer und die Anwohner seien nicht beteiligt worden, hieß es immer wieder. Die Planung sei geändert, aber letztlich abgeschlossen, so Amtsleiter Huber: „Wir müssen es machen.“